

Ergebnisprotokoll

der 13. Sitzung des Inklusions-Fachbeirates im Rhein-Sieg-Kreis am 19.04.2023

Teilnehmende: siehe beigefügte Teilnehmerliste
Ergebnisprotokoll: Marion Michaelis

TOP 1: Begrüßung und Vorstellungsrunde

Herr Wingender begrüßte die Mitglieder des Inklusions-Fachbeirates sowie Herrn Eschbach, Vorsitzender des Behindertenbeirates der Stadt Lohmar.

Es erfolgte eine kurze Vorstellungsrunde.

Herr Wingender schlug vor, Überlegungen zur Neuwahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden als TOP 4 einzufügen.

TOP 2: Protokoll vom 22.02.23

Das Protokoll über die Sitzung vom 22.02.23 wurde ohne Änderungs- oder Ergänzungswünsche verabschiedet.

TOP 3: Erfahrungsaustausch mit dem Vorsitzenden des Behindertenbeirates der Stadt Lohmar

Herr Eschbach bedankte sich für die Einladung und informierte über die Arbeit des Behindertenbeirates der Stadt Lohmar. Der Behindertenbeirat sei aus einem Arbeitskreis aus Ehrenamtlichen entstanden. Auf der Grundlage des Behindertengleichstellungsgesetzes habe die Stadt Lohmar einen Plan zur Integration von Menschen mit Behinderungen erstellt.

Grundlage für die Mitgliedschaft im Beirat sei ein demokratisches Wahlverfahren jeweils 6 Wochen nach der Kommunalwahl. Er selbst sei seit 5 Jahren Vorsitzender. Ziel des Behindertenbeirates sei der Abbau von Barrieren im

öffentlichen Raum. So berate man auch die Stadt Lohmar in Angelegenheiten baulicher Barrierefreiheit.

Herr Eschbach erläuterte, der Behindertenbeirat treffen sich einmal im Monat. Die Sitzungen seien öffentlich, so dass alle Lohmarer Bürgerinnen und Bürger auch bei dieser Gelegenheit mit Fragen an die Beiratsmitglieder herantreten könnten. Ab Mai 2023 sei einmal im Monat ein zusätzliches Beratungsangebot als offene Sprechstunde in Räumen der Stadt Lohmar (Netzwerkstatt, Hauptstraße 71) vorgesehen. Auf Nachfrage von Frau Lübbert teilte Herr Eschbach mit, die Anliegen der Ratsuchenden seien unterschiedlich. Meist seien Informationen zum Schwerbehindertenausweis oder im Hinblick auf finanzielle Unterstützung wie Blindengeld gefragt.

Der Behindertenbeirat bestehe aus 9 gewählten und stimmberechtigten Mitgliedern, die ehrenamtlich tätig seien. Vertreten seien Menschen mit Körperbehinderung, Sehbehinderung und chronischer Erkrankung. Ansprechpartner für die Belange des Beirats sei der Behindertenbeauftragte der Stadt Lohmar. (*Anmerkung: Herr Eschbach bzw. der Behindertenbeirat sind per E-Mail unter folgender Adresse zu erreichen: hpeschbach@aol.com*).

Auf Nachfrage von Herrn Wingender erklärte Herr Eschbach, in den politischen Fachausschüssen habe der Behindertenbeirat ein Rederecht, aber kein Stimmrecht. Für den Sozialausschuss ist Herr Eschbach durch den Rat als sachkundiger Einwohner bestellt worden. Das Rederecht in anderen Ausschüssen kann aufgrund einer Absprache mit der Politik wahrgenommen werden; um dies im Einzelfall umzusetzen wird die jeweilige Ausschusssitzung kurz unterbrochen und der Vorsitzende des Beirats gehört. Ziel sei es aber, langfristig auch eine Form der Mitbestimmung zu erwirken. Herr Wingender informierte, dass eine regelmäßige Teilnahme der Vorsitzenden des Inklusions-Fachbeirats am Ausschuss für Inklusion und Gesundheit (ebenfalls als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner bzw. Einwohnerin) bestehe, eine Teilnahme mit Rederecht an anderen Fachausschüssen nur in Absprache mit den jeweiligen Ausschussvorsitzenden erfolgen könne. Dieses Verfahren sei mit der Politik vereinbart worden und befinde sich aktuell noch in der Erprobungsphase.

Herr Eschbach gab an, dass man versuche, mehr Beteiligung durch das Stellen von Anträgen an die Politik zu erwirken. Damit müsse das Thema auf die Tagesordnung der Fachausschüsse genommen und der Behindertenbeirat müsse gehört werden. Die politischen Vertreterinnen und Vertreter in Lohmar seien allerdings sehr offen für die Anliegen von Menschen mit Behinderung. Auf Nachfrage von Herrn Grünhage teilte Herr Eschbach mit, dass die Möglichkeit, Anträge zu stellen, in der Geschäftsordnung festgeschrieben sei. Das Verfahren sei mit einem Bürgerantrag vergleichbar.

Herr Eschbach wies darauf hin, dass insbesondere für die Wahl des Behindertenbeirats leider nicht alle Menschen mit Behinderung in Lohmar erreicht werden könnten. Die Stadt Lohmar und das Versorgungsamt des Rhein-Sieg-Kreises könnten Adressen der Menschen, für die eine Schwerbehinderung festgestellt sei, aus Datenschutzgründen nicht zur Verfügung stellen. Lohmar habe ca. 8.000 Bürgerinnen und Bürger mit Behinderung, von denen sich somit nur ca. 100 Personen an der Wahl des Behindertenbeirats beteiligt hätten. Informationen im Vorfeld der Wahlen seien nur über Printmedien möglich. Auch versuche man, die Arbeit des Behindertenbeirats mit Informationsständen auf Festen der Stadt Lohmar bekannt zu machen. Herr Wingender informierte, dass es beim Rhein-Sieg-Kreis kein Wahlverfahren gebe. Die Akquise neuer Mitglieder erfolge über persönliche Kontakte zu den Selbstvertretungen und mit Unterstützung der Verwaltung.

Frau Lübbert ergänzte, dass die Selbsthilfekontaktstelle ebenfalls bei der Suche nach Mitgliedern unterstützt habe. So habe man dem Wunsch der Politik entsprechen können, eine Vertretung von Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen im Inklusions-Fachbeirat sicherzustellen.

Auf Nachfrage von Herrn Wingender erläuterte Herr Eschbach, dass es keine separate Jugendgruppe mehr gebe. Initiiert worden sei allerdings ein monatlicher Jugendtreff für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung, der mit 15 bis 20 Teilnehmenden auch gut angenommen werde.

Frau Thiemann regte an, den Behindertenbeirat Lohmar ggf. über regionale Radiosender bekannter zu machen. Das Angebot von Frau Thierfeldt, im Veranstaltungskalender über Termine des Behindertenbeirats Lohmar zu informieren, nahm Herr Eschbach gerne an.

Bezüglich einer finanziellen Unterstützung durch die Stadt Lohmar berichtete Herr Eschbach, dem Behindertenbeirat stehe ein Budget von 1.500 € zur Eigenverwaltung im Jahr zur Verfügung. Aus diesen Mitteln könnten z. B. Aufwandsentschädigungen oder Kosten für Fortbildungen übernommen werden.

Auf Nachfrage von Herrn Wingender teile Herr Eschbach mit, dass Kontakt zum Inklusions-Fachbeirat der Stadt Troisdorf bestehe. Herr Wingender informierte, dass bei der Stadt Siegburg ebenfalls die Einrichtung eines Behindertenbeirats geplant sei.

Herr Wingender dankte Herrn Eschbach für die ausführlichen Informationen.

TOP 4: Stellvertretender Vorsitz des Inklusions-Fachbeirats

Herr Wingender informierte, dass Frau Zingsem aus gesundheitlichen Gründen als stellvertretende Vorsitzende zurückgetreten sei. Spontan stellt sich niemand für die Nachfolge zur Wahl. Frau Thiemann fragte nach den Aufgaben, die mit dieser Funktion verbunden seien. Frau Lübbert erklärte, bei einem stellvertretenden Vorsitz gehöre es zur Aufgabe, Herrn Wingender bei der Moderation der Sitzungen zu unterstützen und als sachkundiger Einwohner bzw. sachkundige Einwohnerin die Interessen des Inklusions-Fachbeirats im Ausschuss für Inklusion und Gesundheit zu vertreten. Frau Thiemann erbat sich Bedenkzeit. Die Wahl einer Stellvertretung im Vorsitz wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt.

TOP 5: Vorbereitung des Treffens mit Vertreterinnen und Vertretern der Kreistagsfraktionen am 14.06.2023

Frau Lübbert informierte, dass Frau Zingsem sich für das heutige Fernbleiben entschuldigt und deshalb im Vorfeld die ihr wichtigen Themen der Geschäftsstelle hat zukommen lassen. Frau Zingsem sei es wichtig, das mit der Politik abgestimmte Verfahren zur Beteiligung von Mitgliedern des Inklusionsfachbeirats an weiteren Fachausschüssen zu reflektieren. Im Weiteren wolle Frau Zingsem nachfragen, welche Möglichkeiten einer Aufwandsentschädigung bei der Teilnahme an den Fachausschüssen bestehe. Zudem wolle sie anregen, dass die Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen städtische Veranstaltungen zum Anlass nähmen, auf eine barrierefreie Planung bzw. den Abbau bestimmter Barrieren hinzuweisen.

Herr Kröder fragte nach, ob ggf. aus dem letzten Treffen mit den Vertreterinnen und Vertretern der Fraktionen noch Themen offen seien. Frau Lübbert merkte an, dass man konkret nach dem Sachstand der Zuwegung zur Stadt Blankenberg (kein Gehweg an der Kreisstraße) fragen könne.

Frau Trapphoff regte an, die Politik nochmals auf die unbefriedigende Haltung des Landschaftsverbands Rheinland im Umgang mit Maßnahmen der Eingliederungshilfe hinzuweisen.

Frau Lübbert schlug vor, das unter dem TOP Verschiedenes aufgeführte Thema der Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung, zu dem Frau Trapphoff in der heutigen Sitzung informieren wollte, dem Austausch mit der Politik in der nächsten Sitzung voranzustellen. Dieses Thema könnte auch für die Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen von Interesse sein. Dies fand allgemeine Zustimmung.

TOP 6: Treffen mit den Behindertenbeauftragten der Städte und Gemeinden

Herr Rohs informierte, dass für die Aufgabe des Behindertenbeauftragten in Ruppichteroth im Moment niemand zur Verfügung stehe.

Herr Rohwedder und Herr Kröder gaben zu bedenken, dass es für Gehörlose wegen der Kommunikationsschwierigkeiten kaum möglich sei, Kontakt zu Behindertenbeauftragten aufzunehmen, weil kein Dolmetscher zur Verfügung stehe. Frau Lübbert regte an, diese Problematik beim Treffen mit den Behindertenbeauftragten anzusprechen.

Herr Wingender verwies auf die Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des Treffens mit den Behindertenbeauftragten. Die teilnehmenden Mitglieder seien bei der letzten Sitzung bereits festgelegt worden. Herr Rohwedder teilte sein Interesse mit, ebenfalls an der Arbeitsgruppe teilzunehmen, wenn in Gebärdensprache übersetzt werden könne. Zudem fragte er nach, ob die Möglichkeit bestehe, noch zwei weitere Gehörlose mitzubringen. Herr Wingender hielt dies für unproblematisch.

Frau Trapphoff bot für das Treffen der Arbeitsgruppe Räumlichkeiten des Paritätischen an.

Herr Wingender will mit Frau Zingsem Kontakt aufnehmen und mögliche Termine für das Treffen der Arbeitsgruppe abstimmen.

TOP 7: Bericht aus den Fachausschüssen

Herr Wingender erläuterte, im Ausschuss für Planung und Verkehr sei ein Radweg zwischen Sieburg-Stallberg und Lohmar Heide erörtert worden. Er habe im Vorfeld per E-Mail angefragt, ob ein geteilter Radweg für Radfahrer und Fußgänger geplant sei. Diese Anfrage sei dann in der Sitzung vom Vorsitzenden allerdings nicht berücksichtigt worden.

Herr Wingender und Frau Lübbert führten weiter aus, im Ausschuss für Inklusion und Gesundheit habe der Flyer „Barrierefreie Veranstaltungen“ kurz zur Diskussion gestanden. Frau Zingsem habe darüber hinaus auf die Bedeutung von Inklusion im Sport aufmerksam gemacht. Sie hat dafür geworben, durch Medienarbeit im Zusammenhang mit dem Host Town Program der Special Olympics deutlich zu machen, welche guten Leistungen Sportler mit Behinderung bringen. Dies könne behinderte Menschen aus dem Rhein-Sieg-Kreis motivieren, sich Sportvereinen anzuschließen. Zudem habe sie kritisiert, dass der Inklusions-Fachbeirat vom Ausschuss für Wirtschaft, Digitalisierung und Tourismus nicht

frühzeitig beim Thema „Barrierefreier Tourismus“ einbezogen worden sei. Frau Trapphoff ergänzte, bei der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Digitalisierung und Tourismus habe man u. a. über die Barrierefreiheit der Burg Windeck beraten. Sie merkte an, dass nicht alles sofort barrierefrei sein müsse, aber was barrierefrei sei, solle man auch bekannt machen. Herr Kröder regte an touristische Angebote zu kennzeichnen. Herr Grünhage wies darauf hin, dass z. B. die Kennzeichnung von Wanderwegen nicht nur für Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer wichtig sei, sondern auch für Eltern mit Kinderwagen. Herr Rohwedder regte den Einsatz von Digitalguides an.

Mit allgemeiner Zustimmung soll das Thema „Barrierefreier Tourismus“ in die Themensammlung für das Treffen mit den Vertreterinnen und Vertretern der Fraktionen aufgenommen werden.

TOP 8: Verschiedenes und Aktuelles

Flyer Veranstaltungen barrierefrei gestalten

Herr Wingender informierte, dass die Flyer an die im Kreisgebiet ansässigen Wohlfahrtsverbände und Volkshochschulen verschickt worden seien.

Projekt „Assistenzhundefreundliche Kommune“

Frau Lübbert berichtete, dass der Landrat der Umsetzung der Kampagne „Assistenzhundefreundliche Kommune“ für die Kreisverwaltung und weitere kreiseigene Gebäude zugestimmt habe.

Frau Thiemann teilte das Ergebnis ihres Telefonats mit Frau Dr. Reuter vom Verein Pfotenpiloten mit. Demzufolge sei der Verein bereit, Aktionen vor Ort in den Kommunen zu unterstützen. Es werde ein Statement des Landrates benötigt. Im Rahmen einer Pressekonferenz könne die Öffentlichkeit informiert werden. Wünschenswert sei dabei auch der Einsatz eines Assistenzhundeteams. Frau Lübbert regte an, gemeinsam mit dem Bereich Öffentlichkeitsarbeit den Ablauf einer solchen Pressekonferenz zu planen. Sie wird eine entsprechende Terminabstimmung vornehmen.

Umgang mit Anfragen an den Inklusions-Fachbeirat per E-Mail

Es wurde beschlossen, dass die E-Mail-Adresse des Inklusions-Fachbeirats auf der Internetseite des Rhein-Sieg-Kreises veröffentlicht wird. Herr Wingender wird sich bei möglichen Anfragen kümmern, diese selbst beantworten oder je nach Inhalt an Mitglieder des Inklusions-Fachbeirats weiterleiten.

Pressearbeit im Rahmen Special Olympics

Frau Lübbert informierte, dass ab Ende April Informationen zum Thema Inklusion und Sport regelmäßig an die Medien verbreitet würden. Auch zum geplanten

Sportfest sei eine Medienberichterstattung vorgesehen, ebenso eine Pressekonferenz Ende Mai im Vorfeld der Special Olympics. Ziel sei es, für mehr Beteiligung von Menschen mit Behinderung am Sport zu werben.

Informationen und Anschreiben an Gehörlose

Herr Kröder berichtete, dass Gehörlose häufig -vorwiegend vom jobcenter- Schreiben erhielten mit der Bitte, sich telefonisch zu melden. Er bedauere, dass der Hinweis auf die Gehörlosigkeit des Kunden nicht in deren System gespeichert sei. Herr Grünhage wird mit dem jobcenter erörtern, inwieweit die Möglichkeit besteht, mit Einverständnis der Betroffenen einen Vermerk über die Gehörlosigkeit im Datensystem zu hinterlegen.

Herr Rohwedder ergänzte, für ihn sei Diskriminierung auch, etwas zu machen, was man definitiv nicht machen kann. Dies sei aber häufig das Problem von Gehörlosen, da die Behinderung nicht sichtbar sei. Eine Kommunikation per Webcam sei auch nicht immer möglich und bei Bankgeschäften z. B. ausgeschlossen. Ärgerlich sei, dass Behörden automatisch immer davon ausgingen, dass Gehörlose Gebärdensprachdolmetscher zu Terminen mitbrächten.